

Fregatte versenkt

Das F-126-Fiasko

von Jürgen Wagner

Hunderte zusätzliche Milliarden sollen in den kommenden Jahren in neue Rüstungsprojekte fließen und damit einen bereits heute heillos überforderten Beschaffungsmaschapparat weiter anfüttern. Einer der neueren Beschaffungsflops ist die Krise des Fregattenprojektes F-126, in das bereits erhebliche Beträge investiert wurden.

Allzweckwaffe F-126:

Das größte Kampfschiff der Bundeswehr

Da Deutschland über keine Flugzeugträger verfügt, sind Fregatten die höchste maritime „Gewichtsklasse“. Für die neueste Generation bewilligte der Bundestag im Juni 2020 den Bau von vier F-126 zum Preis von 5,27 Mrd. Euro (inklusive Zusatzmodulen und Bewaffnung rund 6 Mrd. Euro). Den Auftrag sicherte sich nach einer europaweiten Ausschreibung die niederländische Damen Shipyards Group. Im Juni 2024 wurden weitere Gelder für die Ziehung einer vorhandenen Option zum Bau zweier weiterer F-126 für zusätzliche 3,1 Mrd. Euro bewilligt.

Damit schien „das größte Kampfschiff der deutschen Streitkräfte“ (bmvg.de, 13.6.2024) in trockenen Tüchern. Die erste F-126 sollte ursprünglich 2028 ausgeliefert werden, die Schiffe fünf und sechs schließlich 2033 beziehungsweise 2034, sodass ein nahtloser Übergang zur sich ebenfalls bereits anbahnenden übernächsten F-127-Generation gewährleistet gewesen wäre. Im Zielbild Marine 2035+ wurden ursprünglich fünf bis sechs Fregatten 127 anvisiert (siehe IMI-Analyse 2023/15). Um den Auftrag zu ergattern, taten sich Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) und Naval Vessels Lürssen (NVL) zusammen, was nach einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Kartellamts im September 2024 zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens führte. Das Vorhaben könnte sich als ungemein lukrativ erweisen: Lange wurde von Kosten zwischen 7,5 und 15 Mrd. Euro ausgegangen. Doch inzwischen stehen noch einmal ganz andere Beträge im Raum. So veröffentlichte das Internetportal Politico am 23. September 2025 eine Liste mit Rüstungsprojekten, die zwischen September 2025 und Dezember 2026 vom Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen. Darin findet

sich für die Ausschusssitzung am 24. Juni 2026 der Eintrag „F-127“ mit einem zu beantragenden Finanzvolumen von satten 26,182 Mrd. Euro. Eine Stückzahl ist aus der Liste nicht ersichtlich, nahezu parallel dazu berichtete aber das Fachportal hartpunkt.de (23.9.2025), es sollen nun wohl acht dieser Kampfschiffe beschafft werden.

Abzeichnende Probleme

Mittlerweile ist das F-126-Projekt jedoch in turbulentes Fahrwasser geraten. Ein erstes Krisensymptom waren stetig steigende Kosten und dann auch Verzögerungen. Nachzulesen war dies auch für die interessierte Öffentlichkeit damals noch in den Rüstungsberichten, in denen die Bundeswehr regelmäßig über den Stand ihrer Großprojekte informierte. Im 18. Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums vom Januar 2024 war schon von Kostensteigerungen von 810 Mio. Euro zu lesen – allerdings währte man sich damals wie auch im darauf folgenden Bericht vom Juni 2024 noch im anvisierten Zeitplan. Im Mai 2025 wurde dann allerdings erstmals über massive Verzögerungen berichtet: „Der Marine droht das nächste Desaster: Der Bau der sechs neuen Fregatten der Klasse 126, die als Kampfschiffe die Flotte verstärken sollen, wird sich nach Informationen der Kieler Nachrichten weiter verzögern. [...] Inzwischen gehen Insider aber eher von einem Termin ab 2030 aus.“ (Kieler Nachrichten, 24.5.2025)

Kurz darauf wurden dann auch erste Forderungen vernehmbar, das Projekt komplett einzustampfen oder zumindest der bislang federführenden niederländischen Damen Shipyards zu entziehen: „Während das Ministerium das Vorhaben offenbar noch nicht abschreiben will, ist bei einigen Politikern die Stimmung mittlerweile am Kippunkt. Bastian Ernst, Marine-Berichterstatter im Bundestags-Verteidigungsausschuss für die CDU/CSU-Fraktion, sieht so gravierende Probleme bei dem Schiffbauprogramm für die F126, dass er einen Abbruch und eine Neujustierung fordert. [...] Nach Informationen von hartpunkt gibt es auch in Kreisen der SPD Sympathien für den Vorschlag.“ (hartpunkt.de, 11.7.2025)

Dahin müsste die Fregatte erst einmal kommen, um zu sinken. Foto: Drew Avery über wikipedia.



Dabei handelt es sich um keine Kleinigkeit, schließlich waren bis zu diesem Zeitpunkt Berichten zufolge bereits 1,829 Mrd. Euro in das Projekt investiert worden. Als Hauptgrund der Schwierigkeiten werden Softwareprobleme bei der Übermittlung der niederländischen Konstruktionsdaten an die deutschen Werften genannt.

Deutsche Hände

Als der Auftrag zum Bau der F-126 im Jahr 2020 an die niederländische Damen Shipyards ging, war der Unmut groß. Im Handelsblatt wurde deutlich vor einem „Ausverkauf der deutschen Marine-Schiffbaukompetenz“ gewarnt. Für den damaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Hagen Reinhold war es „schleierhaft“, weshalb das Konsortium von TKMS und NVL nicht zum Zuge gekommen war. Und auch die IG Metall Küste ging mit einem Positionspapier in die Bütt, in dem die Vergabe als „Fehlentscheidung“ gegeißelt wurde (siehe IMI-Analyse 2020/06).

Insofern dürfte sich die Trauer, dass das Projekt in Schwierigkeiten geraten ist, bei einer Reihe von Akteuren in engen Grenzen gehalten haben. Zumal fast alle diskutierten Optionen eine Rücküberführung der Projektleitung in die Hände eines oder mehrerer deutscher Unternehmen vorsehen. Diskutiert wird dabei unter anderem, das Projekt komplett auszusetzen bis mit der F-127 Mitte der 2030er die Nachfolgeneration am Start ist – allerdings legt die Marine großen Wert auf die Fähigkeit zur U-Boot-Jagd, die bis dahin weitgehend vakant wäre. Dasselbe Problem hätte wohl ein langwieriger F-126-Neustart unter rein deutscher Führung, nämlich unter der von TKMS und NVL sowie gegebenenfalls noch German Naval Yards (GNY). Gute Chancen hat deshalb TKMS mit dem Bau der Mehrzweck-Kombination (MEKO) 200 als erprobte und auch kurzfristiger lieferbare Brückenlösung beauftragt zu werden: „Um eine Befähigung zur U-Boot-Jagd für die deutsche Marine für die Übergangszeit zu erhalten, gehen Beobachter davon aus, dass TKMS mit dem Bau von Fregatten der Klasse MEKO 200 beauftragt werden könnte. Dieser Schiffstyp könne flexibel ausgerüstet werden und ist auch für den Kampf gegen U-Boote geeignet. Auch soll es möglich sein, die Schiffe für den Einsatz

im Eismeer zu ertüchtigen. [...] Insider gehen davon aus, dass das erste Schiff bei zeitnaher Beauftragung bereits im Herbst 2029 an die Marine übergeben werden könnte. Überdies gilt die MEKO 200 als vergleichsweise günstig. So vermuten Beobachter, das [sic] vier dieser Schiffe nur wenig mehr kosten würden als zwei F 126 im gegenwärtigen Design.“ (hartpunkt.de, 23.9.2025)

Grünes Licht für eine F-126-Alternative gab es jedenfalls am 13. November 2025 vom Bundestag, der hierfür 7,8 Mrd. Euro freigab. Weil die MEKO 200 aber deutlich kleiner als die F-126 wäre, wird auch darüber spekuliert, ob nicht beide Projekte parallel verfolgt werden könnten. Zumal von Marineseite bekräftigt wurde, an der F-126 festhalten zu wollen. Andreas Czerwinski, Abteilungsleiter Abteilung See im BAAINBw, erklärte beim 27. DWT-Marineworkshop Ende September 2025: „Ich kann Ihnen versichern, dass ich nach Vizeadmiral Stawitzki der Einzige in diesem Raum bin, der tatsächlich weiß, was im Moment im Projekt F126 besprochen wird. Und ich kann Ihnen versichern, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Fregatte F126 möglichst schnell der Deutschen Marine zur Verfügung gestellt wird.“ (defence-network.com, 23.9.2025)

Wie die ganze Sache also auch immer ausgeht, in jedem Fall dürfte die deutsche Marineindustrie gestärkt aus dem F-126-Fiasko hervorgehen. Die befindet sich gerade ohnehin im Umbruch: So ging TKMS am 20. Oktober 2025 an die Börse und wirft nun mit gut gefüllter Kriegskasse ein Auge auf GNY. Noch weitreichender könnte sich die Mitte September verkündete Rheinmetall-Übernahme von NVL erweisen. Mit dem auf 1,5 bis 2 Mrd. Euro geschätzten Einstieg expandiert Rheinmetall nun auch erstmals in den Marinesektor: „Damit steigt Rheinmetall in den Bau von Kriegsschiffen ein – und wird zu einem der wichtigsten deutschen Anbieter für Marine-Rüstung. [Durch] die Übernahme [entsteht] ein echter Universalanbieter für alle Teilstreitkräfte – und ein europäisches Gegengewicht zu US-Giganten wie Lockheed Martin.“ (merkur.de, 18.9.2025)

Intransparentes Rüstungsdebakel

Die große Rüstungswelle steht erst noch bevor: Die bereits erwähnte erste Politico-Liste enthält 154 Vorhaben im Umfang von 83 Mrd. Euro, die allein zwischen September 2025 und Dezember 2026 vom Haushaltsausschuss bewilligt werden sollen. Interessant ist, dass davon lediglich 8% an US-Unternehmen gehen sollen, was in der Fachpresse (und wohl nicht nur dort) wird als ein deutliches Signal gewertet. Defence-network.com schreibt: „Deutschland startet eine der größten Modernisierungen seiner Streitkräfte seit Jahrzehnten und gibt den größten Teil des Geldes bewusst in europäische Hände. US-Rüstung bleibt außen vor – entgegen angenommener Absprachen zwischen EU und US-Präsident Donald Trump.[...] Der deutsche Rüstungsplan sendet ein klares Signal: Berlin setzt auf europäische Wertschöpfung und strategische Unabhängigkeit – zulasten der US-Rüstung. Mit Investitionen in Höhe von fast 83 Milliarden Euro allein für das kommende Jahr wird Deutschland zu einem der führenden Investoren in die europäische Rüstungsindustrie – und zwar nach eigenen nationalen Prioritäten.“ Ende Oktober 2025 folgte eine zweite Politico-Liste mit mittelfristigen Beschaffungsvorhaben der nächsten Jahre, über die die Welt schrieb: „Insgesamt umfasst die interne Bundeswehr-Planung rund 25 auslandsverbundene Projekte im Wert von etwa 14 Milliarden Euro – also weniger als fünf Prozent der gesamten geplanten 377 Milliarden Euro.“

Bei diesen Summen gilt es im Auge zu behalten, dass das F-126-Fiasko beileibe kein Einzelfall ist. Liest man

die Rüstungsberichte der Bundeswehr, so handelt es sich dabei um eine einzige Chronik des Scheiterns. Im 19. Bericht vom Juni 2024 wurde über eine durchschnittliche Verspätung der Großprojekte von 26 Monaten bei einer Steigerung der Gesamtkosten um 14 Mrd. Euro berichtet. Gründe für diese massiven Probleme gibt es eine Menge. Von notorischen Schwierigkeiten bei europäischen Kooperationsprojekten über das Militär, das penetrant teure Goldrandlösungen bevorzugt, bis hin zu Abgeordneten, die ungeachtet der Kosten und Risiken primär daran interessiert sind, Rüstungsprojekte in ihre Wahlkreise zu lotsen (siehe IMI-Standpunkt 2023/024).

Mit den sprunghaft steigenden Rüstungsausgaben dürften auch die Verzögerungen und Kostensteigerungen der Bundeswehr-Großprojekte weiter zunehmen – erfahren wird die Öffentlichkeit davon aber nicht mehr so ohne weiteres. Der 19. Rüstungsbericht vom Juni 2024 dürfte wohl der letzte seiner Art gewesen sein, seine Erstellung wurde von der Schwarz-roten Bundesregierung im Sommer 2025 mit dem Verweis auf Bürokratieabbau eingestellt. Auch den Abgeordneten des Haushaltsausschusses werden diese und andere Berichte künftig vorenthalten, weshalb dessen Grünen-Obmann Sebastian Schäfer „die radikale Abschaffung von Berichtspflichten“ ebenso wie die windige Begründung hierfür kritisierte: „Das kann auch das Mäntelchen des ‚Bürokratieabbaus‘ nicht verhüllen, mit dem die Koalition diesen Schritt erklärt. Es ist eine eklatante Schwächung der Kontrollmöglichkeiten.“ (welt.de, 4.7.2025)

Funkgeräte: Nicht truppentauglich von Jürgen Wagner

Ein weiteres aktuelles Beispiel für die Beschaffungsmisere der Bundeswehr sind – einmal mehr – die sündhaft teuren Funkgeräte. Sie stellen ein Kernstück für die geplante Digitalisierung der Bundeswehr („Digitalisierung Landbasierter Operationen“, D-LBO) dar, weshalb der Bundestag im Dezember 2022 für die Beschaffung von 20.000 Funkgeräten von Rohde & Schwarz 1,35 Mrd. Euro freigab. Eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Mrd. Euro wurde ebenfalls vereinbart. Allerdings wurden die Geräte bestellt, ohne dass sich jemand über den Einbau Gedanken gemacht hatte, weshalb sie sich erst einmal auftürmten (siehe IMI-Analyse 2023/46).

Dann berichtete Spiegel Online (27.9.2025), ein Praxistest im Mai hätte abgebrochen werden müssen, wobei die neuen Systeme für „nicht truppentauglich“ erklärt worden seien: „Selbst die Sprechfunkverbindung sei teilweise nicht stabil gewesen. Die Hardware der Hightechgeräte funktioniert zwar, heißt es. Die Software zur Einrichtung eines Funkkreises aber sei so komplex, dass sie vielleicht von Fachleuten unter Laborbedingungen bedient werden könne, nicht aber von Soldaten, die in einem Kampfpanzer säßen.“

Kritisch geht der Beitrag auch auf die Aussagen des Ministeriums ein, Boris Pistorius habe erst kurzfristig von der neuerlichen Misere erfahren. Schließlich sei sein Staatssekretär Benedikt Zimmer immerhin bereits am 10. Juni über den gescheiterten Test informiert worden. Immer wieder sei es von Parlamentariern zu kritischen Nachfragen gekommen, doch noch am 10. September habe Pistorius auf Nachfrage geantwortet, nach seinem Stand liege man „im Zeitplan“. Befremdlich ist an dem Artikel bei Spiegel Online allerdings die Aussage, damit drohe Pistorius „seine erste Rüstungspanne“. Woher diese Aussage kommen mag, ist angesichts der Vielzahl an Pannenprojekten einigermaßen schleierhaft.

Als bislang letzter Stand wurde im November gemeldet, Verteidigungsminister Pistorius wolle beim Haushaltsausschuss weitere 156 Mio. Euro beantragen, um sich in der Sache der Funkgeräte extern Unterstützung einzukaufen.